

B1

Antragsteller: Unterbezirksvorstand Cuxhaven

Kommunale Selbstverwaltung sichern und stärken

Die Niedersächsische Landesregierung und die CDU im Landkreis Cuxhaven gefährden die Kommunale Selbstverwaltung. Das Land Niedersachsen reagiert nicht auf die strukturelle, finanzielle Unterfinanzierung der Kommunen des Landkreises Cuxhaven. Stattdessen wird mit dem Hinweis auf die Möglichkeit bei freiwilligen Zusammenschlüssen Entschuldungshilfen zu bekommen, das Grundproblem der finanziellen Unterfinanzierung nicht beseitigt.

Die Kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes verfassungsrechtlich verbürgtes Recht. Jede Kommune muss in die Lage versetzt werden, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung und im eigenen Wirkungskreis zu regeln. Die SPD im Landkreis Cuxhaven fordert die Bundes- und die Landesregierung auf, die Kommunale Selbstverwaltung nicht weiter auszuhöhlen. Steuergeschenke auf Kosten der Kommunen werden abgelehnt.

- Die Landesregierung muss sich für den Erhalt der Gewerbesteuer einsetzen. Hierfür muss Herr Wulff eindeutige Signale an die Gemeindefinanzkommission des Bundes unter Leitung von Finanzminister Schäuble senden: Keine Abschaffung der Gewerbesteuer mit Niedersachsen! Im Gegenteil: Wir brauchen eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, insbesondere durch Einbeziehung der „freien Berufe“.
- Die Landesregierung muss ihre Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich, durch die den Kommunen jährlich 100 Millionen Euro genommen werden, rückgängig machen.
- Die Landesregierung muss über den Bundesrat eine Initiative zur kurzfristigen Stabilisierung der Gemeindefinanzen starten. Hierzu gehört eine vollständige Kompensation der Ausfälle für Städte, Gemeinden und Landkreise durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Außerdem muss sich der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten aus dem Arbeitslosengeld II für zwei Jahre um drei Prozentpunkte erhöhen.
- Die Landesregierung muss von weiteren Steuersenkungen auf Pump Abstand nehmen. Sie muss der Voodoo-Ökonomie von CDU und FDP im Bund widerstehen und sämtliche Vorstöße in Richtung Steuersenkungen im Bundesrat blockieren.

Die SPD im Landkreis Cuxhaven fordert die CDU im Landkreis Cuxhaven auf, Schluss zu machen mit der falschen Strukturdiskussion. Der Zusammenschluss von Gemeinden im Landkreis Cuxhaven bringt weder strukturelle noch finanzielle Vorteile. Die „Cuxland-Erklärung“ der SPD aus Oktober 2008 zeigt den richtigen Weg auf.

Mit dem CDU-Plan von vier Großgemeinden wird kein einziges Problem im Landkreis gelöst. Statt Gebietsneuordnung müssen eine Analyse der Probleme und eine Beschreibung der Aufgaben erfolgen, welche eine Gemeinde oder eine Stadt zukünftig erfüllen soll. Im Mittelpunkt aller Überlegungen muss der Erhalt der Lebensqualität in

der Region sowie die Sicherung einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung stehen. Die Menschen erwarten in unserem Landkreis eine moderne, schnelle und kostengünstige Dienstleistung in den Rathäusern. Dazu zählen auch preiswerte Kindertagesstätten, gute erreichbare Schulen, ausreichende Ärzteversorgung, zukunftssichere Arbeitsplätze und eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur einschließlich des Personennahverkehrs. Auf diese Fragen muss eine Strukturdiskussion im Landkreis Cuxhaven Antworten geben.

Die SPD im Landkreis Cuxhaven hat sich mit der „Cuxland-Erklärung“ und dem „Cuxland-Plan“ auf den Weg gemacht. Andere müssen sich anschließen.

Adressat:

- SPD Niedersachsen
- SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen